



Aus der Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD) im Deutschen Bundestag

# KLARTEXT

aus dem

# Bundestag

Stephan Brandner

INHALT DIESER AUSGABE UNTER ANDEREM

## Oppositionsführer AfD: Mit Kompetenz und Kreativität die Altparteien bloßstellen

### Böse Stiefmutter Merkel

Die SPD befindet sich seit Monaten auf Talfahrt und steht kurz davor, einstellige Ergebnisse nach Hause zu tragen. Allein ihr gewogene Medien und Meinungsforschungsinstitute verhindern das noch. Die Sozialdemokratie ist nach (zu vielen) Jahrzehnten an der Macht ein Schatten ihrer selbst, verbonzt (wie alle Altparteien), abgehoben und weltfremd. Einfach nur noch peinlich. Sie macht Politik nur noch für sich selbst und nicht mehr für die Bürger.

Und die CDU? Die hat nahezu alles, für das sie stand, dem Regententum einer Frau geopfert, die sich - von minutenlangem Applaus bei Parteitagen verblendet - von der „Mutti“ zur bösen Stiefmutter der Deutschen entwickelt hat. Das zeigt sich gerade am „Essener Tafelstreit“.

Und langsam wird auch klar, wen Andrea Nahles mit ihrer bemerkenswerten Aussage „Ab morgen kriegen sie in die Fresse!“ gemeint hat: Uns Deutsche, die einen Koalitionsvertrag vorgesetzt bekommen haben, der vor Plattitüden nur so strotzt, aber keinerlei positive Akzente in der GroKo-Politik verspricht.

### Licht ins Dunkel

Durch mehrere schriftliche, kleine und mündliche Anfragen, die ich in den vergangenen Wochen an die Bundesregierung gestellt habe, ist es mir gelungen, gravierende und ideologisch motivierte Ungleichheiten in der Bekämpfung des Extremismus durch die Bundesregierung aufzudecken. Mehr dazu lesen Sie in dieser aktuellen Ausgabe der „KLARTEXT“.

### Oppositionsführer AfD: Mit Kompetenz und Kreativität die Altparteien bloßstellen

Die gute Nachricht zuerst: Die AfD ist Oppositionsführer im Deutschen Bundestag. Die schlechte danach: Wir haben eine Regierung, die unserem Land und den Deutschen auch weiterhin nachhaltigen Schaden zufügen wird. Die sogenannte „große Koalition“, die längst nicht mehr groß ist, wird, wenn es schlecht läuft, vier weitere Jahre dafür sorgen, eigene Pfründe zu sichern und das einst so erfolgreiche und stolze Deutschland herunterzuwirtschaften. Wann gab es zuletzt eine Regierung, die schon vor Regierungsantritt keine Mehrheit in der Bevölkerung hatte?



### Frohe Ostern

Abschließend wünsche ich Ihnen und Ihren Lieben ein frohes Osterfest in aller Beschaulichkeit und Ruhe. Lassen Sie uns Energie sammeln für eine weiterhin erfolgreiche Politik für Deutschland.

Euer / Ihr Stephan Brandner

### Deutsch ins Grundgesetz

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag fordert die Verankerung der deutschen Sprache im Grundgesetz. *mehr auf Seite 6*



### „Extremismusbekämpfungswahnsinn!“

Der Kampf gegen den Linksextremismus ist der Bundesregierung im vergangenen Jahr 2017 gerade einmal 1,5 Millionen Euro wert gewesen. *mehr auf Seite 7*



### Keine Meinungspolizei für Straßennamen

Der Chef der Thüringer Landeszentrale für politische Bildung, Franz-Josef Schlichting, kritisiert, dass Straßennamen in Thüringen häufig noch einen Bezug zur DDR haben. *mehr auf Seite 5*



### „Schluss mit der GEZ!“

Die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs hat errechnet, dass ARD, ZDF und Deutschlandradio bis zum Ende des Jahres 2020 einen Überschuss von 544,5 Millionen Euro verzeichnen. *mehr auf Seite 2*

## „Öffentlich-Rechtliche leben in Saus und Braus: Schluss mit Rundfunkzwangsabgabe!“

Die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs hat errechnet, dass ARD, ZDF und Deutschlandradio bis zum Ende des Jahres 2020 einen „Überschuss“ von 544,5 Millionen Euro verzeichnen. Der deutlich größte Anteil an diesem „Überschuss“ wurde mit 502,4 Millionen Euro bei der ARD entdeckt. Insgesamt kommt die Berechnung zu dem Ergebnis, dass die Sender in den Jahren 2017 bis 2020 auf 31,185 Milliarden Euro Einnahmen allein aus dem Rundfunkbeitrag kommen.

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Brandner sieht in den Zahlen ein weiteres Mal Anlass, zu verlangen, endlich die Zwangsabgabe Rundfunkbeitrag abzuschaffen. „Es wird deutlich, dass die Rundfunkbeiträge alles andere als verantwortungsvoll genutzt werden. Wenn es der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs gelingt, den benötigten Finanzbedarf um satte 748,2

Millionen Euro zu reduzieren, dann wird klar, dass die Öffentlich-Rechtlichen in Saus und Braus auf

Kosten des Bürgers leben. Damit muss endlich Schluss sein.“



## „Kosten für Kampf gegen Islamismus explodieren!“

Wie sich aus einer weiteren Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Brandner an die Bundesregierung ergibt, ist die Höhe der Steuergelder, die zur Bekämpfung des radikalen Islamismus aufgewendet werden, seit dem Jahr 2010 explosionsartig um fast 5.000% gestiegen. Im Jahr 2010 wurden noch lediglich 658.303,57 Euro ausgegeben, um muslimischen Extremismus zu

bekämpfen. Hingegen waren es im vergangenen Jahr 2017 bereits knapp 31,5 Millionen Euro. Insgesamt flossen in den letzten acht Jahren mehr als 74 Millionen Euro in die Bekämpfung und Prävention des Islamismus.

„Dies zeigt“, so Brandner, „dass mit den Gefahren, die von religiösen Fanatikern ausgehen, ganz

offensichtlich nicht zu spaßen ist. Auch die Bundesregierung hat dies offenbar erkannt, obwohl sie und die einschlägigen Verbände immer jedem weismachen wollen, dass der Islam die Religion des Friedens ist. Angesichts der Mittel, die aufgewendet werden, sind diese Worte offensichtlich eine Farce. Es ist dramatisch: Für den Kampf gegen den Islamismus wird über 20 Mal soviel ausgegeben, wie im Kampf gegen den Linksextremismus. Und seitens der Bundesregierung wird alles getan, um der Bevölkerung Beruhigungspillen zu verpassen und ihr vorzugaukeln, alles sei in bester Ordnung in Deutschland. Immer mehr Menschen schlucken diese Pillen jedoch nicht länger und gehen stattdessen auf die Straßen, um ihre Stimme gegen islamistischen Fanatismus und Gewalt zu erheben.“



### WEITERE INFORMATIONEN

[www.brandner-im-bundestag.de/  
fileadmin/user\\_upload/Antwort\\_Schriftl\\_  
Frage\\_2-112\\_MdB\\_Brandner.pdf](http://www.brandner-im-bundestag.de/fileadmin/user_upload/Antwort_Schriftl_Frage_2-112_MdB_Brandner.pdf)

## BRANDNER UNTERWEGS...



... bei der Geraer Tafel.



... bei der Thüringen Ausstellung in Erfurt.



... beim Karpfenessen in Gera.



... beim Theaterball in Gera.



... bei der Eröffnung des „Ratskeller“ in Erfurt.

... beim LKA in Erfurt.

... beim Stammtisch in Mittelhausen mit OB-Kandidat Möller.

... beim Bürgerdialog in der „Haltestelle“ in Erfurt.



## „3,6 Millionen Euro aus Bundeshaushalt für linksradikale, antidemokratische Amadeu-Antonio-Stiftung seit 2010 sind ein Skandal!“

Wie sich aus der Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Anfrage des AfD-Abgeordneten Brandner ergibt, erhielt die Amadeu-Antonio-Stiftung seit dem Jahr 2010 insgesamt mehr als 3,6 Millionen Euro an Mitteln aus dem Bundeshaushalt. Während in den ersten Jahren noch geringere sechstellige Beträge ausgezahlt wurden, konnte die Stiftung um die ehemalige Stasispitzelin Anetta Kahane im Jahr 2017 bereits 967.045,66 Euro, und damit knapp 100% mehr als im Vorjahr, in Empfang nehmen.

Brandner fordert eine generelle Einstellung der Finanzierung der Amadeu-Antonio-Stiftung aus öffentlichen Mitteln: „Diese Stiftung zeichnet sich besonders durch ihre Hetze gegen die AfD und gegen konservative, liberale und regierungskritische Meinungen aus. Diese Gruppierung wird mit Steuergeldern gemästet und steht trotzdem nicht hinter dem demokratischen Grundverständnis der Bundesrepublik Deutschland. Sie hetzt gegen demokratisch legitimierte Parteien, diffamiert diese auf übelste Weise und hat auch nichts gegen kriminelle Angriffe Dritter.“

So etwas ist nicht tragbar und muss sofort beendet werden. Hinzu kommt ein mehr als dubioses Finanzgebaren und seltsame Darlehensvergaben, die manche schon dazu verleiteten, diese seltsame Stiftung als 'Amadeu-Antonio-Bank' zu bezeichnen.“

### WEITERE INFORMATIONEN

[www.brandner-im-bundestag.de/fileadmin/user\\_upload/Antwort\\_Schriftl\\_Frage\\_2-111\\_MdB\\_Brandner.pdf](http://www.brandner-im-bundestag.de/fileadmin/user_upload/Antwort_Schriftl_Frage_2-111_MdB_Brandner.pdf)

## „Viel Lärm um nichts: Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Veröffentlichung von Zwille- und Hippebildern nicht gegen mich!“

Wie die Staatsanwaltschaft Gera mitteilt, waren die Äußerungen Stephan Brandners, auch Justiziar der AfD-Bundestagsfraktion, die jüngst in sämtlichen Medien für Furore sorgten, offensichtlich ohne jede strafrechtliche Relevanz. Der Prüfungsvorgang ist daher ohne die Einleitung von Ermittlungen beendet worden (Az. StA Gera: 127 Js 1144/18).

Namentlich handelte es sich zum einen um eine Veröffentlichung Brandners, die eine freiverkäufliche Zwille zeigte, zum anderen um das Bild einer Hippe, die fälschlicherweise in nahezu sämtlichen Medien als "Machete" bezeichnet wurde, bei der es sich aber laut Staatsanwaltschaft um ein „waffenrechtlich

unbedenkliches Gartenwerkzeug“ handelte.

Die Staatsanwaltschaft führte aus, dass es jedem unbenommen sei, auf „eine oder mehrere Personen oder ein Ereignis zu warten“ und "dies auf sozialen Medien kundzutun“, sowie „diese Verlautbarungen mit mehr oder weniger passenden Abbildungen von Haushaltsgegenständen zu illustrieren und die Öffentlichkeit um Vorschläge zur Verwendung der abgebildeten Haushaltsgegenstände zu bitten“. Auch die Bezeichnung des „Zentrums für politische Schönheit“ als „beklopfte Kunst-Bollos, die in Bornhagen rumirren“, ist strafrechtlich irrelevant und eine zulässige Meinungskundgabe.

Brandner zeigt sich wenig überrascht über das Ergebnis der Staatsanwaltschaft: „Nur weil ein paar Antifanten und linke 'Medienschaffende', die offenbar noch nie Kontakt mit Arbeitsgeräten hatten, glaubten, eine Machete zu erkennen, begann eine vollkommen unbegründete Hexenjagd der Medien auf mich, dankbar aufgegriffen sogar von Altparteiern im Deutschen Bundestag! Wie unsinnig und haltlos dies war, zeigt sich jetzt durch die vernünftigen Äußerungen der Staatsanwaltschaft. Wir sollten uns wieder wichtigen Dingen zuwenden.“

## Richterbund hat recht: Rechtsstaat ist in Gefahr

Der Vorsitzende des deutschen Richterbundes Gnisa weist in einem Interview mit der Welt darauf hin, dass der deutsche Rechtsstaat ernsthaft in Gefahr sei und sich derzeit an einem Scheidepunkt befinde. Ursächlich für seine Aussage ist die Überlastung der Justiz, die sich auch darin zeigt, dass Bagatelldelikte für den Täter oft folgenlos bleiben.

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Stephan Brandner geht in der Einschätzung noch weiter und weist darauf hin, dass der Rechtsstaat nicht nur in Gefahr, sondern seit Jahren in Teilen außer Kraft gesetzt sei, worauf auch das Oberlandesgericht (OLG) Koblenz bereits im

vergangenen Jahr hinwies. So würden illegale Einreisen und damit im Zusammenhang stehende Straftaten seit Jahren sehenden Auges nicht verfolgt. Eine Verbesserung der Situation durch die Umsetzung des Koalitionsvertrages zwischen CDU/CSU und SPD sieht Brandner im Gegensatz zu Gneise nicht: „Wer seine Hoffnungen zur Wiederherstellung des Rechtsstaates auf die sogenannte „Große Koalition“ legt, der wird mit Sicherheit enttäuscht werden. SPD und CDU waren es, die Deutschland in die Situation gebracht haben, in der es heute ist. Und nun schreien sie: 'Haltet den Dieb'. Das ist unglaublich und verlogen. Die AfD ist die einzige Rechtsstaatspartei und angetreten, um gegen

die aktuell unerträgliche Lage vorzugehen. Seit Jahren fordern wir in den Ländern mehr Polizei und mehr Richter. Das wurde und wird stets von den Altparteien abgelehnt. Wir brauchen aber eine schlagkräftige Polizei und eine ebensolche Justiz, die jeden Rechtsverstoß effektiv verfolgen und ahnden.“



## Schlagzeilen aus Thüringen

### Zustände in Skandalstrafanstalt Arnstadt lange bekannt – Ramelow muss Lauinger entlassen!

Erneut geriet die Jugendstrafanstalt Arnstadt (JSA) in den Fokus der Öffentlichkeit. Nachdem drei Häftlingen der Ausbruch gelungen war, wurde zuletzt bekannt, dass es während der Silvesternacht zu schweren Ausschreitungen kam.

Der Thüringer Bundestagsabgeordnete und Justiziar der Bundestagsfraktion der AfD, Stephan Brandner, ist erschüttert, gleichwohl nicht überrascht ob der Zustände in der Jugendstrafanstalt, an denen das Thüringer Ministerium für Justiz, Migration und Verbraucherschutz offenbar keinerlei Interesse zeigt. Bereits im März 2017 hatte Brandner, damals noch Abgeordneter des Thüringer Landtages, öffentlich mit mehreren Kleinen Anfragen und zu anderen Zeitpunkten im Plenum des Landtags und im Justizausschuss, den Brandner damals leitete, auf die ihm zugetragenen Probleme hingewiesen und nachgefragt. In einem Brief der Mitarbeiter der JSA hatte es unter anderem geheißen, dass Missstände nach außen hin verschwiegen würden, es erhebliche Drogenprobleme und Vorfälle mit Besuchern - unter anderem sexuelle Kontakte zwischen einem Gefangenen und einer minderjährigen Besucherin - gegeben hätte. Die Mitarbeiter sprächen Probleme immer wieder erfolglos an. Besorgniserregend blieb Brandner vor allem folgende Aussage im Gedächtnis: „Soll erst ein mit Drogen vollgepumpter Gefangener einen Beamten des Stations- und Werkdienstes zum Krüppel schlagen, bevor sich

jemand richtig Gedanken macht? (...)“.

„Dass nun die Mitarbeiter der Jugendstrafanstalt Arnstadt ihren Kopf für die Versäumnisse auf oberster Ebene herhalten müssen, ist schlicht unredlich. Das Ministerium wusste dank mir und der Mithilfe der Mitarbeiter in Arnstadt seit fast einem Jahr von den Zuständen, die dort herrschen. Für Ramelow ist es zwingend, den überall versagenden Minister Lauinger zu entlassen“, so Brandner weiter. Der Thüringer Bundestagsabgeordnete plant einen Besuch in der Jugendstrafanstalt Arnstadt, um sich von den Gegebenheiten vor Ort ein Bild zu machen und mit den Mitarbeitern ins Gespräch zu kommen.

### Verdopplung der Anzahl der Straftaten an Erfurter Bahnhöfen - 70% nichtdeutsche Tatverdächtige

Die Anzahl der Straftaten an Erfurter Bahnhöfen, die im Jahr 2016 registriert wurden, hat sich im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt: wurden im Jahr 2015 noch 367 Straftaten statistisch erfasst, so waren es im Jahr 2016 bereits 738. Dies ergibt sich aus einer schriftlichen Anfrage des Thüringer AfD-Bundestagsabgeordneten Stephan Brandner. Auffallend ist außerdem die Entwicklung der Herkunft der gelisteten Tatverdächtigen: waren diese im Jahr 2010 noch zu nur 28,8% nichtdeutsch, so stieg dieser Anteil bis 2016 auf 69,1%.

Der Vorsitzende der Thüringer Landesgruppe Brandner sieht in den Zahlen eine alarmierende Entwicklung hin zu mehr Ausländerkriminalität,

die ihren Zenit offensichtlich im Jahr 2016 während der Asylkrise hatte: „Die Zahlen sind besorgniserregend und zeigen, dass die Kriminalität zu Hochzeiten der Asylkrise massiv gestiegen war. Glücklicherweise ist mittlerweile nicht nur die erfasste Kriminalität an Erfurter Bahnhöfen insgesamt, sondern auch der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger gesunken, wie die Zahlen aus dem Jahr 2017 zeigen. Es bleibt zu hoffen, dass sich die positive Entwicklung in die Zukunft fortsetzen wird.“

### Keine Meinungspolizei für Straßennamen

Der Chef der Thüringer Landeszentrale für politische Bildung, Franz-Josef Schlichting, kritisiert, dass Straßennamen in Thüringen häufig noch einen Bezug zur DDR haben und meint dazu wörtlich: „Das geht heute gar nicht mehr“. Zuletzt hatte die Diskussion um die Universität Greifswald, die ihren Namenszusatz „Ernst Moritz Arndt“ ablegen wird, hohe Wellen geschlagen.



Der AfD-Bundestagsabgeordnete Stephan Brandner, zugleich Vorsitzender der Thüringer Landesgruppe, kritisiert die politisch gesteuerten Umbenennungen und die Ideologisierung von Namen als Meinungsmache. Straßennamen können, so Brandner, nicht nach dem politischen Gusto der Zeit beliebig angepasst und verändert werden. Vielmehr müsse man mit dem historischen Bezug leben, ihn aber selbstverständlich in besonderen Fällen kritisch begleiten. „Wenn wir nun auch grundsätzlich die Benennung von Straßen, Plätzen und öffentlichen Gebäuden von der jeweiligen aktuellen politischen Lage und den politischen Mehrheiten abhängig machen, dann verkommen Namen und Benennungen zum politischen Werkzeug. Ideologie hat an dieser Stelle nichts zu suchen, was aber“, so Brandner abschließend, „nicht ausschließt, in ganz unerträglichen Fällen und als ultima ratio eine Umbenennung durchzuführen“.



## Verankerung der deutschen Sprache im Grundgesetz dringend geboten!

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag fordert die Verankerung der deutschen Sprache im Grundgesetz. Während die Nennung der Landessprache in einem Großteil der anderen EU-Mitgliedsstaaten, wie Belgien, Bulgarien, Estland und Finnland, selbstverständlich ist, sucht man diese im deutschen Grundgesetz vergebens. Das sollte durch einen in den Deutschen Bundestag eingebrachten Gesetzentwurf, durch den die "Landessprache Deutsch" in einem neu einzufügenden Art. 22 Abs. 3 im Grundgesetz festgeschrieben wird, geändert werden. Damit würden Staat und Politik verpflichtet, die deutsche Sprache zu pflegen und ihrer fortschreitenden



Verdrängung entgegenzuwirken. Der AfD-Bundestagsabgeordnete Brandner, selbst langjähriges Mitglied des Vereins Deutscher Sprache, macht deutlich, dass die Pflege der deutschen Sprache viel mehr als nur symbolischer Natur sei: "Nicht nur Anglizismen, sondern auch Einflüsse aus anderen

Ländern verdrängen zunehmend die deutsche Sprache. Diese ist jedoch ein bedeutender Teil unserer Kultur und darf nicht zu Gunsten vermeintlich moderner internationaler Wortschöpfungen aufs Spiel gesetzt werden. Die Verankerung der Sprache in der Verfassung eines Landes ist dabei nicht mehr und nicht weniger, als eine Selbstverständlichkeit und wird in Deutschland auch breit unterstützt: So sprachen sich bereits der langjährige Bundestagspräsident Norbert Lammert, die CDU auf ihrem Parteitag im Jahr 2008 und mit einer Unterschriftensammlung knapp 50.000 Bürger dafür aus. Nun wurde endlich durch die AfD gehandelt!"

## Brandner wird Vorsitzender des Rechtsausschusses - Maas flüchtet ins Außenministerium

Auf der Netzseite des Bundesministeriums für Justiz und Verbraucherschutz lässt sich der ehemalige Minister Maas mit den Worten „Die weit überwiegende Mehrheit der Doppelstaatler steht offensichtlich deutlich entschlossener hinter unserem Grundgesetz als die selbsternannten Patrioten bei AfD und Pegida“ zitieren.

Der Thüringer AfD-Bundestagsabgeordnete und Fraktionsjustiziar Stephan Brandner sieht in den Äußerungen Maas' einen klaren Verstoß gegen die Neutralitätspflicht, die Minister in besonderer Weise betrifft.

„Maas spekuliert herum, stellt unseriöse Tatsachenbehauptungen auf und verunglimpft mit seinen Äußerungen Millionen von Bürgern und Wählern, die seine und die SPD-Ansichten nicht teilen. Für seinen politischen Meinungskampf nutzte er die Ressourcen des Ministeriums, dem er zu diesem Zeitpunkt noch vorstand. Meinungsmache und falsche Behauptungen auf Staatskosten darf es nicht geben, auch nicht von einem selbsternannten Rechts- und Propagandasprachrohr der Merkelregierung. Damit zeigte Maas zum wiederholten Male nicht nur, dass er als Justiz-

minister ungeeignet und untragbar war, sondern auch, dass die AfD, die als politische Kraft geschlossen hinter dem Grundgesetz steht, notwendig ist, um solche Missstände anzuprangern.“ Offenbar sah Maas dies auch ein und flüchtete vor dem neuen Vorsitzenden des Rechtsausschusses der AfD, Stephan Brandner, in das Außenministerium! Im Auswärtigen Ausschuss trifft er auf Dr. Norbert Röttgen, mit dem er sicher ein deutlich geschmeidigeres Gegenüber hat, als mit Stephan Brandner.

## Keine Internetzensur auf europäischer Ebene

Die EU-Kommission plant innerhalb ihrer Urheber-Richtlinie, Online-Plattformen ab einer bestimmten Größe zu verpflichten, sogenannte Upload-Filter einzusetzen. Diese sollen automatisiert Inhalte löschen, die zuvor einer ‚schwarzen Liste‘ zugeordnet worden seien. Zwar handele es sich offiziell um eine Maßnahme, die dem Urheberschutz beispielsweise im Bereich von Videos dienen soll, jedoch scheint auch eine Anwendung auf Texte nicht ausgeschlossen.

Stephan Brandner, AfD-Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender im Rechtsausschuss,

sieht darin eine weitere massive Bedrohung der freien Meinungsäußerung im Internet, da die Filter auch für das Entfernen unliebsamer politischer Inhalte genutzt werden könnten.



Während wir noch massiv gegen das Maassche Zensurgesetz, das Netzwerkdurchsetzungsgesetz, vorgehen, plant die EU-Kommission schon weitere potentielle Zensurmaßnahmen. Die Upload-Filter könnten dafür genutzt werden, Facebook, Youtube und andere Plattformen von vornherein „politisch korrekt“ aussehen zu lassen, indem beispielsweise Inhalte der AfD gar nicht an den Filtern vorbeikommen. Solche Maßnahmen führten zum Ende der freien Meinungsäußerung im Internet und wären ein weiterer Schritt in die Richtung eines europäischen Zensurstaates“, so Brandner abschließend.

## Brandner zum Vorsitzenden des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages gewählt

Nach einer geheimen Wahl (der ersten seit über 60 Jahren!) leitet Stephan Brandner seit Ende

Januar den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages. Der Thüringer

Abgeordnete ist bereits erfahren in der Ausschussleitung: Schon im Thüringer Landtag hatte er bis zu seiner Wahl in den Bundestag für fast drei Jahre den Vorsitz des dortigen Ausschusses für Migration, Justiz und Verbraucherschutz inne. Brandner bedankt sich für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und freut sich auch künftig auf konstruktive Debatten im Ausschuss: „Die mediale Hetze in den Wochen vor der Wahl hat offenbar keine Wirkung gezeigt und niemanden davon abgehalten, Sachverstand vor Ideologie zu stellen.“

Seit über 20 Jahren ist Brandner in Thüringen als Rechtsanwalt tätig und bereits im vergangenen Jahr zum Justiziar der Bundestagsfraktion gewählt worden.

Ein besonderes Augenmerk innerhalb seiner Arbeit liegt für Brandner auf dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz, das in den Zuständigkeitsbereich seines Ausschusses fällt: „Ich werde gemeinsam mit meinen Kollegen der AfD-Fraktion im Ausschuss alles mir mögliche tun, damit dieses demokratiefeindliche Gesetz wieder abgeschafft wird“, so Brandner abschließend.



## „Extremismusbekämpfungswahnsinn - gefährlicher Linksextremismus wird ignoriert. Merkel selbst profitiert von militanten Linken und Antifa!“

Der Kampf gegen den Linksextremismus ist der Bundesregierung im vergangenen Jahr 2017 gerade einmal 1,5 Millionen Euro wert gewesen. Dies entspricht etwa einem Hundertstel der Mittel, die für den „Kampf gegen rechts“ im selben Jahr aufgebracht wurden, wie die Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Frage des Abgeordneten Brandner (AfD) ergab.

Stephan Brandner macht deutlich, dass eine derartige Schiefelage bei der Bekämpfung des politischen Extremismus extrem gefährlich ist und von politischer Einäugigkeit der Bundesregierung zeugt: „Wie kann es sein, dass die Bundesregierung mit so ungleichem Maß misst? Jeder Extremismus ist eine Gefahr für die Demokratie. Egal von welcher Seite er kommt. Die Merkel-Regierung ist auf dem linken Auge blind und verkennt die Gefahren. Merkel selbst profitiert ja auch von den militanten Linken und der Antifa, etwa, wenn diese Terrortruppen regierungskritische Veranstaltungen sabotieren und verhindern.“

Die Linksextremisten sind auch längst paramilitärisch organisiert, haben terroristische Strukturen gebildet und waren mit ihrem ‚Marsch durch die Institutionen‘ erfolgreich. Beispielsweise bezeichnet sich ja der Thüringer Staatskanzleichef

Benjamin Hoff von den Linken als stolzer Linksextremist. Mit alledem muss Schluss sein. Linke Staatsfeinde müssen mit aller Kraft bekämpft werden!“



## Gewinnspiel

Gewinnen Sie ein Abendessen für zwei Personen gemeinsam mit Stephan Brandner in einem Restaurant Ihrer Wahl (in Thüringen).  
Dafür müssen Sie nur folgende Frage richtig beantworten:

Wie viele Ordnungsrufe hat Stephan Brandner bis jetzt (26.3.2018) im Bundestag erhalten?

Senden Sie uns die richtige Lösung und Ihr Wunschrestaurant an: Wahlkreisbüro Stephan Brandner, Rudolf-Diener-Straße 21, 07545 Gera oder

an [kontakt@brandner-im-bundestag.de](mailto:kontakt@brandner-im-bundestag.de).

Mit der Teilnahme am Gewinnspiel erklären Sie sich mit der Nutzung Ihrer Daten einverstanden. Der Gewinner wird unter allen Einsendungen, die die richtige Lösung, das Wunschrestaurant (in Thüringen), den vollständigen Vor- und Zunamen sowie die postalische Adresse erhalten, ausgelost und benachrichtigt. Einsendeschluss ist der 15.06.2018. Der Gewinner erklärt sich einverstanden, mit Namen und Bild in der nächsten Ausgabe veröffentlicht zu werden.

## Einladung nach Berlin



Wie bisher auch organisiert der Bundestagsabgeordnete Brandner Reisen für Bürger nach Berlin. Die Fahrt mit dem Bus beginnt meist am Morgen, die Rückkehr am Abend desselben Tages.

Neben dem Besuch der Plenarsitzung stehen auch eine Diskussionsrunde mit Stephan Brandner, ein Mittagessen und, wenn es die Bedingungen zulassen, ein Besuch der Kuppel des Reichstages auf dem Programm.

Interessenten melden sich bitte unter [kontakt@brandner-im-bundestag.de](mailto:kontakt@brandner-im-bundestag.de).

## Ich brauche Hilfe...

... und endlich ein Wahlkreisbüro in Erfurt (Mitte, gut frequentiert, ebenerdig, mit Schaufenster)! Seit Anfang Oktober 2017 bin ich auf der Suche, war schon mehrfach kurz vor der Unterschrift, dann machten aber die Vermieter aus Angst vor städtischen Drangsalierungen und/ oder Antifaterren stets einen Rückzieher. Wer einen Tipp oder eine entsprechende Immobilie hat, meldet sich bitte bei: [kontakt@brandner-im-bundestag.de](mailto:kontakt@brandner-im-bundestag.de).

Erfurter Vermieter wollen wegen Angst vor linken Anschlägen nicht an AfD vermieten

**ABGELEHNT**

Ladenfläche in der Nähe Fischmarkt,  
Ladenfläche in der Nähe Krämerbräu,  
Ladenfläche in der Nähe Domplatz,  
Ladenfläche in der Nähe Staatskanzlei,  
Ladenfläche in der Nähe Theater,  
Ladenfläche in der Nähe Stauffenberg...

**WAHLKREISBÜRO IN ERFURT  
GESUCHT**

### Kontakt:

Wahlkreisbüro Gera  
Rudolf-Diener-Straße 21 - 07454 Gera  
Tel.: 0365 - 20 42 41 30 Fax: 0365 - 22 69 12 50

Sprechstunden: Terminvereinbarung jederzeit  
möglich für Erfurt, Weimar, Grammetal, Gera, Jena,  
Saale-Holzland-Kreis, Sömmerda und Weimarer Land

[www.facebook.com/stBrandner](http://www.facebook.com/stBrandner)  
[www.twitter.com/stbrandner](http://www.twitter.com/stbrandner)

### Impressum:

Herausgeber: Stephan Brandner  
Platz der Republik 1 - 11011 Berlin  
[kontakt@brandner-im-bundestag.de](mailto:kontakt@brandner-im-bundestag.de)  
V.i.S.d.P. Stephan Brandner  
Chefredaktion: Dr. Alexandra Kloß  
Satz & Druck: Philipp Schmidt  
Bildnachweis: pixabay

Jetzt auch bei Youtube: Stephan Brandner, MdB  
[youtube.com/channel/UCKK6WkPbdo91whuKTT1BPPA](https://www.youtube.com/channel/UCKK6WkPbdo91whuKTT1BPPA)